



Globale Nahrungsmittelversorgung: Europäische Initiativen notwendig

Angesichts des drastischen globalen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise um mehr als 80 % innerhalb von zwei Jahren sowie zu erwartender anhaltend starker Preisschwankungen fordern die Abgeordneten unverzügliche und kontinuierliche Maßnahmen, um die Ernährungssicherheit für die EU-Bürger und weltweit zu gewährleisten. Die GAP soll der Eckpfeiler der Ernährungsmittelsicherungspolitik der EU bleiben und die Entwicklungspolitik wieder stärker auf die Landwirtschaft ausgerichtet werden.

Die weltweiten Nahrungsmittelvorräte umfassen derzeit nur Getreide für die Versorgung der Weltbevölkerung für weniger als 40 Tage. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass sich der weltweite Bedarf an Nahrungsmitteln bis zum Jahre 2050 verdoppelt. Die Zahl der weltweit an chronischer Unterernährung leidenden Menschen könnte durch die derzeitige Krise um weitere 100 Mio. auf über 960 Mio. steigen. Die Abgeordneten des EP fordern deshalb "unverzügliche und kontinuierliche Maßnahmen, um die Ernährungssicherheit für die EU-Bürger und weltweit zu gewährleisten".

GAP auch nach 2013 Eckpfeiler der Ernährungssicherungspolitik der EU

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sollte "jetzt und auch nach 2013 der Eckpfeiler der Ernährungssicherungspolitik der EU bleiben", so der von Mairead McGuinness (EVP-ED, Irland) ausgearbeitete Bericht. Jedoch müsse die GAP weitergehend als in den Vorschlägen des sog. Gesundheitschecks vom Mai 2008 vorgesehen angepasst werden. Um einen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in der EU zu verhindern müssten die Ausgaben für die GAP "auf einem stabilen und konstanten Niveau" gehalten werden, "das den Landwirten ein angemessenes Einkommen garantiert". Das EP spricht sich "gegen einen weiteren Abbau der Marktsteuerungsmaßnahmen und Einschnitte bei den Stützungszahlungen" für Landwirte aus.

Gleichgewicht zwischen der Erzeugung von Nahrungsmitteln und Bioenergie herstellen

Es müsse sichergestellt werden, dass der "Drang zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen" nicht die Nahrungsmittelversorgung gefährdet, betonen die Abgeordneten. Nötig sei "ein Gleichgewicht zwischen der Erzeugung von Biokraftstoffen und von Bioenergie einerseits und den weltweit notwendigen Nahrungsmittelvorräten andererseits". In internationale und regionale Abkommen soll deshalb die Anforderung aufgenommen werden, dass Subventionen, die für die Erzeugung von Biokraftstoffen gewährt werden, bestimmten Regeln entsprechen müssen, um den Wettbewerb zwischen

Handelspartnern nicht zu verzerren, und die Ernährungssicherheit nicht zu gefährden. Die Mitglieder des EP fordern in diesem Zusammenhang "ein festes Eintreten der Europäischen Union für die Förderung der Biokraftstoffe der zweiten Generation".

Landwirtschaft wieder in den Mittelpunkt der Entwicklungspolitik rücken

Die Entwicklungshilfe-Aufwendungen für Landwirtschaft sind im Zeitraum zwischen 1980 und 2006 von 17 % auf nur noch 3 % zurückgegangen. Zur Sicherung der weltweiten Ernährungsversorgung müsse die EU "die Landwirtschaft wieder in den Mittelpunkt ihrer Entwicklungspolitik" rücken, so die Abgeordneten. Die EU-Hilfe solle "auf eine Verbesserung der Eigenversorgung der Empfängerländer mit Nahrungsmitteln ausgerichtet sein". Die Krisenreaktionsfazilität im Umfang von 1 Mrd. Euro als einmalige Maßnahme müsse durch einen "dauerhaften Fonds für Ernährungssicherheit" im Gesamthaushaltsplan der EU ergänzt werden.

Den Entwicklungsländern sollen darüber hinaus Handelspräferenzen gewährt werden, um die Stärkung der Produktion in den betreffenden Ländern zu fördern. Die Kommission wird aufgefordert, "diese Überlegungen bei den WTO-Verhandlungen und den Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Entwicklungsländern zu berücksichtigen".

Neue Systeme zur Überwachung, Vorratshaltung und Frühwarnung

Unter Leitung der EU sollen ein "weltweites System zur Erfassung von Nahrungsmitteln und ein weltweites Netz von Nahrungsmittelvorräten" eingerichtet werden. Die Kommission wird aufgefordert, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten. Außerdem, so die Parlamentarier, sollte im Rahmen der Welternährungsorganisation (FAO) "eine internationale Stelle zur Beobachtung der Preise von Agrarerzeugnissen, Betriebsmitteln und Lebensmitteln geschaffen werden" sowie "ein weltweites Programm zur obligatorischen Vorratshaltung und ein verbessertes grundlegendes Lagerhaltungssystem für die wichtigsten Produktionsfaktoren (Proteine, Düngemittel, Saatgut, Pestizide)" eingeführt werden, "wobei diese Vorrats- und Lagerhaltung vorzugsweise von privatwirtschaftlichen Akteuren, einschließlich landwirtschaftlicher Genossenschaften, betrieben werden sollte".

Auf EU-Ebene müsse ein "schnell wirkender Warnmechanismus" konzipiert werden, "mit dessen Hilfe Veränderungen und Trends bei Preisen für Agrarerzeugnisse sowie bei den Faktorkosten erfasst werden können".

482 Abgeordnete stimmten für den Bericht, 24 dagegen, 59 enthielten sich der Stimme.

*Berichterstatte*rin: Mairead McGUINNESS (EVP-ED, Irland)

Bericht: (A6-0505/2008) - Gemeinsame Agrarpolitik und globale Ernährungssicherheit

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 12.01.2009

Abstimmung: Dienstag, 13.01.2009

Kontakt :

Andreas KLEINER

Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 32266

STR: (33-3) 881 72336

PORT: (+32) 498 98 33 22

Katrin EICHEL

Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 41027

STR: (33-3) 881 73782